

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Schüler,

72 Jahre ist es her, dass im Deutschen Reich mehr als 1.500 Synagogen von den Nazis in Brand gesteckt wurden – auch hier in Neuss. Rechnet man die Dauer von 25 Jahren für eine Generation, ist dieses Ereignis inzwischen drei Generationen her. Abgesehen von diesem Zeitablauf eben dieser drei Generationen, gab es auf der Opferseite eine weitere Zäsur: Lag das Geburtsdatum vor dem Kriegsende, hat dies damals bedeutet, dass man auch der Verfolgung bzw. der Vernichtung ausgesetzt war, oder aber das Geburtsdatum lag nach dem Kriegsende, was dann doch mehr Überlebensgarantie – jedenfalls auf Seiten der Opfer – bedeutet hat.

Liegt also das Geburtsdatum nach dem Krieg, bedeutet dies zwar eine hohe Wahrscheinlichkeit des Überlebens, aber keinesfalls ein Nichtbetroffensein von den Ereignissen. Die Generation auf der Seite der Opfer, die nach dem Krieg geboren ist und damit all die Gräueltaten und Verbrechen nicht mit dem eigenen Leib erfahren hat, sondern diese aus den Erzählungen der Elterngeneration kennt, war und ist dadurch betroffen, dass die Eltern nachdem, was sie erlebt haben, kaum noch unbefangene und sorgenfrei ihre Kinder großziehen konnten. Nicht umsonst ist das sogenannte „Second-Generation-Syndrom“ eine feste Größe in der Welt der Psychologen und Psychiater. Das heißt im Klartext, dass auch die Kinder von Holocaustüberlebenden oder Opfern der Shoah unter den Geschehnissen leiden, ohne dass sie selbst bei den Gräueltaten dabei gewesen sind. Wie oft habe ich meine Mutter in der Nacht schreien hören, als sie mit ihren Albträumen kämpfte und mit ihnen nicht mehr fertig wurde.

Dies ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist jedoch, dass insbesondere diese und die nächsten Generationen dazu aufgefordert sind, dafür zu sorgen, dass in den Beziehungen zwischen der Opferseite und der Täterseite wieder – zumindest auf lange Sicht – eine gewisse Normalität eintreten kann. Und daran wird in der Tat seit vielen Jahrzehnten von beiden Seiten kräftig und erfolgreich gearbeitet. So gehört – wie Bundeskanzlerin Merkel es zuletzt noch vor der Knesseth, dem

israelischen Parlament, ausdrücklich betont hat, das Existenzrecht des Staates Israel, also des Staates, der aus der Asche von Auschwitz entstanden ist, zur Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland. Alle Bundes- und Landesregierungen sehen sich in der Verantwortung, das jüdische Erbe in Deutschland zu sichern und auch nicht zuletzt durch die massive Unterstützung der Migration von jüdischen Flüchtlingen aus der ehemaligen Sowjetunion, für dessen Weiterentwicklung zu sorgen.

Nur der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass gerade hier in Neuss die hervorragende Beziehung der jüdischen Gemeinde zur Stadt und ihrer Führung eine selbstverständliche Tradition geworden sind, wofür wir Ihnen Herr Bürgermeister stellvertretend sehr danken möchten.

Auch herrscht Einigkeit darüber, dass diese Verantwortung selbstverständlich nur in Kenntnis und im Bewusstsein der Verbrechen, die zwischen 1933 und 1945 verübt worden sind, erfolgen kann, damit im Interesse aller Menschen solche schrecklichen Dinge sich nicht wiederholen können.

Vielfach wurde den Gedenkveranstaltungen zum 09. November landesweit vorgeworfen, außer Lippenbekenntnissen keine wirkliche Erinnerung mehr an das Novemberpogrom 1938 zu wollen, allerdings sehen wir wiederum und besonders in dieser Stadt, dass sich durch die Auseinandersetzung von jungen Menschen in den Schulen mit diesem dunklen Kapitel der deutschen Geschichte, das Gedenken immer eine hohe Qualität besaß.

Auch die jüdische Gemeinde Düsseldorf hat vor kurzem ein kleines optisches Zeichen der Erinnerung im Gemeindezentrum gesetzt, in dem eine – inzwischen restaurierte - Originaltür der zerstörten Synagoge als Zugangstür in die neue Synagoge in die Zietenstraße eingebaut worden ist – einige von Ihnen hatten bereits Gelegenheit die Tür zu besichtigen.

So bin ich über den Weg, der in dieser Stadt gemeinsam mit der zuständigen jüdischen Gemeinde in Düsseldorf eingeschlagen worden ist, sowohl im Hinblick auf die Erinnerungskultur, als auch im Hinblick auf die Betonung der Gemeinsamkeit und

dadurch Normalisierung der Beziehungen sehr froh und zuversichtlich, dass wir auf Dauer zu einem guten Miteinander kommen.

Dabei bin ich allerdings nicht so blauäugig, zu übersehen, dass es in gewissen Teilen der Bevölkerung durchaus ablehnende Haltungen gegenüber Juden gibt und dies zunehmend verstärkt auch im muslimischen Teil der Bevölkerung.

Die verstärkte Zusammenarbeit der jüdischen Gemeinde Düsseldorf mit der türkischen Gemeinde in Nordrhein-Westfalen soll dieser negativen Entwicklung Einhalt gebieten und auf Dauer möglichst auch zurückdrehen – auch hierbei hoffen wir auf die Kooperation und die Unterstützung durch die Stadt Neuss.

Meine Damen und Herren ich darf mich für Ihre Aufmerksamkeit herzlich bedanken.